



Fraktion WiP / LE / Die Linke Marktplatz 1 75175 Pforzheim

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit
Frau Ministerin Dr. Barbara Hendricks
11055 Berlin

Fraktion WiP / LE / Die Linke
Neues Rathaus Raum N136
Marktplatz 1
75175 Pforzheim

Telefon: 07231/ 39 4012
Mail: wip.le.linke@stadt-pforzheim.de

Pforzheim, 9. März 2016

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hendricks,

wir, die Fraktionsgemeinschaft der Bürgerbewegung Wir-in-Pforzheim (WiP), Liste Eltern und Die Linke vertreten durch 5 Stadträte will die Initiative ergreifen, um das von Ihnen ins Leben gerufene „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ in unserer Stadt umzusetzen.

Zu Ihrer Information: Pforzheim hat ca. 120.000 Einwohner, liegt mit Mannheim und Heilbronn in der Arbeitslosen- und SGB II-Statistik leider an vorderster Stelle.

Ungefähr 25.000 Pforzheimer Bürger leben an oder unterhalb der Armutsgrenze. Preisgünstiger Wohnraum ist äußerst knapp und die Stadt hat in wenigen Jahren nahezu keinen preisgebundenen sozialen Wohnraum mehr zur Verfügung.

Somit wäre sowohl ein soziales Wohnungsbauprogramm als auch die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch für Mittelschichten, wie Sie es in Ihrem Programm fordern, dringend erforderlich.

Nun unsere Frage an Sie:

Wären Sie oder jemand aus Ihrem Ministerium bereit nach Pforzheim zu kommen um das Konzept des von Ihnen geplanten Bündnisses vorzustellen und somit vielleicht einen Grundstein für die Umsetzung in Pforzheim zu legen?

Unser Ziel ist es, ein breites Bündnis Pforzheimer Akteure unter der Schirmherrschaft des OB anzustreben: Die Stadt, Parteien, Wohnungsbaugesellschaften, Sparkasse und Volksbank...



Außerdem bitten wir Sie um die Information, in welchen Städten es zu einer Umsetzung Ihres Bündnisses bisher gekommen ist und vor allen Dingen unter Beteiligung welcher Akteure. Wir möchten dahin Kontakt aufnehmen und auf deren Erfahrung zurückgreifen.

Die Frage der Finanzierung ist bei uns, wie in vielen anderen Städten auch, von zentraler Bedeutung. Da sämtliche Pforzheimer Wohnungsbaugesellschaften in GmbHs privatisiert worden sind, haben wir außer der stadteigenen Stadtbau GmbH keine gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften mehr.

So stellt sich die Frage, ob nicht die Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft ein Ansatz zur Lösung der Finanzierungsfrage sein könnte. Haben Sie Erfahrung mit der Gründung solcher Baugenossenschaften?

Wir sehen Ihrer Antwort mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen,

Christof Weisenbacher
Stadtrat für WiP

Wolfgang Schulz
Stadtrat für WiP

Joachim Bott
Stadtrat für Liste Eltern

Claus Spohn
Stadtrat für Die Linke

Peter Pfeiffelmann
Stadtrat für Die Linke